



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

P/X/226 - 30. 9. 1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Vorbereitungen für Genf	S. 1
Wer wird Indonesien regieren?	S. 3
N i c h t - Wiedergutmachung	S. 5

Brentano und die westliche Deutschlandpolitik

sp. Die Fahrt des Außenministers von Brentano nach New York zu der zweitägigen Konferenz der Außenminister der Westmächte muss für ihn keine reine Freude gewesen sein. Seine Hauptaufgabe war es, die über das Ergebnis von Moskau einigermaßen verblüfften westlichen Kollegen zu beruhigen. Er wird sich dieses Auftrages mit etwas zwiespältigen Gefühlen entledigt haben, denn gerade er war es, der in Moskau Widerstand gegen die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion geleistet hat. Er nahm diese Haltung ein, weil er sich wohl der Schwierigkeiten bewusst war, die daraus entstehen mussten, dass den Westmächten vor den Moskauer Verhandlungen Zusagen gemacht worden waren, es werde bei dieser Gelegenheit keinesfalls zu endgültigen Abmachungen über die Aufnahme von offiziellen Beziehungen zwischen Moskau und Bonn kommen. Die Absage, die Brentano in New York der Molotowschen Einladung zu einer Cocktail-Party erteilt hat, wirft ein bezeichnendes Streiflicht auf seine persönliche innere Einstellung.

Die vorbereitende Außenministerkonferenz in New York hatte die Aufgabe, eine gemeinsame Grundlage der Westmächte für die am 27. Oktober in Genf beginnende Tagung zu erarbeiten. Das offizielle Schlusskommuniqué ist sehr summarisch und wenig aufschlussreich. Es stellt in der Sache lediglich eine völlige Übereinstimmung

30. 9. 1955

darin fest, "der Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen eines europäischen Sicherheitsplanes den Vorrang zu geben." Das ist im Grunde nur die Wiederholung der Themenstellung in den Richtlinien der Regierungschefs an ihre Aussenminister am Schluss der Genfer Juli-Konferenz.

Unbestimmt und widerspruchsvoll

Natürlich wird alles davon abhängen, wie man die unlösbare Verbindung von Wiedervereinigung und einem wirksamen kollektiven Sicherheitssystem praktisch erreichen will. Was darüber inoffiziell aus New York verlautet, zeugt teilweise gewiss von einem ehrlichen Bemühen, gangbare Wege zu finden, ist aber doch auch recht unbestimmt und widerspruchsvoll. Nach Schluss der Konferenz hat auch der westdeutsche Aussenminister vor der internationalen Presse Auskunft über seine und seiner Kollegen Vorstellungen gegeben, aber auch für seine Erklärungen trifft die eben getroffene generelle Kennzeichnung zu. Dabei ist zuzugeben, dass es nicht üblich und vielleicht auch nicht zweckmässig ist, geraume Zeit vor einer grossen internationalen Konferenz die Karten offen auf den Tisch zu legen. Immerhin wäre etwas mehr Substanz in den Erklärungen des Aussenministers wohl vertretbar gewesen.

Zunächst hat sich Herr von Brentano für ein europäisches Sicherheitssystem ausgesprochen, in dem alle NATO- und alle osteuropäischen Staaten vereint sein sollten - mit Ausnahme der sowjetisch besetzten Zone, aber selbstverständlich mit Einschluss der Bundesrepublik. Es ist ohne weiteres verständlich, weshalb der westdeutsche Aussenminister diese Unterscheidung gemacht hat: Die DDR wird von der Bundesregierung nicht anerkannt, die ihrerseits sogar ausdrücklich ihre westlichen Partner aufgefordert hat, die gleiche Einstellung zu Pankow noch einmal zu bestätigen. Eine Zustimmung zur Teilnahme der Zone an diesem System hätte in der Tat als das Einverständnis mit einer Verhärtung des Status quo ausgelegt werden können. Andererseits ist es unrealistisch anzunehmen, dass Moskau einen solchen Vorschlag akzeptieren würde.

Erstaunliche Bemerkungen

Erstaunlich war die Bemerkung Brentanos, es sei in Moskau nicht die Absicht der westdeutschen Delegation gewesen, "die Deutsch-

30. 9. 1955

landfrage auf bilateraler Grundlage zu diskutieren." Der der Konferenz vorangegangene Notenwechsel zwischen Bonn und Moskau enthielt in seiner letzten Phase ja gerade die ausdrückliche Forderung der Bundesregierung, man müsse im Zusammenhang mit der von den Sowjets gewünschten Normalisierung der Beziehungen auch die Fragen der deutschen Wiedervereinigung und der Kriegsgefangenen behandeln. Sie wurde sogar in einer fast schon ultimativen Form gestellt. Freilich ist die westdeutsche Delegation in Moskau selbst sehr schnell von dieser Forderung abgegangen.

Schliesslich hat die Bemerkung Brentanos überrascht, es sei nicht ausgeschlossen, dass die Sowjetunion "vielleicht schon morgen" aus der Sowjetzone abziehen könnte. Mit dieser Ansicht steht der Aussenminister ziemlich allein. Dabei kann er nur von der Möglichkeit ausgehen, dass ein entsprechendes Angebot an die Sowjets diese zu einem so weitgehenden Schritt veranlassen könnte. Dass es sich dabei durchaus nicht um einen Vorschlag nur im Sinne der russischen Wünsche zu handeln brauchte, hat Brentano mit dem in diesem Zusammenhang gemachten Hinweis auf den österreichischen Staatsvertrag zugegeben. Das würde allerdings auch eine grössere Elastizität des Westens in der Deutschlandfrage voraussetzen, als sie in New York zu erkennen war.

Wenn die Westmächte aber in der Vorstellung nach Genf gehen sollen, dass die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO nicht in Frage gestellt werden darf, dann freilich bleibt das Tor zur deutschen Wiedervereinigung verschlossen.

+ + +

Duell zwischen Moslems und Kommunisten

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Zum ersten Male in ihrer Geschichte wählen 48 Millionen Indonesier ein Parlament. Der weiträumige Archipel setzt schon dem technischen Wahlvorgang einige Schwierigkeiten entgegen. Immer noch können 60 % der Bevölkerung nicht lesen. Die Parteien treten also auf dem Stimmzettel und in der Propaganda mit Symbolen auf. So viele Symbole, wie angesichts der Rivalität von 190 Parteien nötig wären, gibt es kaum; sie zu finden und populär zu machen, nahm einen erheblichen Teil des Wahlkampfes in Anspruch, der fast ein ganzes Jahr gedauert hatte und noch seinen Ende zu durch eine Regierungskrise belastet war; die Armee hatte die Ernennung eines neuen Generalstabschefs zum Anlass genommen, diesem den Gehorsam zu verweigern. Die Regierung trat zurück. Kein Politiker wollte seine Chancen im Wahlkampf mit der Verantwortung der Regierungsgeschäfte belasten, so dass der parteilose Vizepräsident Hatta in die Bresche springen und das kabinettlose Staatsschiff übernehmen musste.

Das politische Gesicht Indonesiens wird sich erst nach diesen Wahlen erkennen lassen. Denn seit Gründung der Republik hatte es immer nur Wahlgänge auf örtlicher Basis gegeben. Dabei ergab es sich, dass von den 190 Parteien überhaupt nur vier eine echte Rolle zu spielen vermögen. Es sind die Moslempartei "Masjumi" (Halbmond-Symbol), die "Partai Sosialis Indonesia" (PSI - Stern-Symbol), die "Partai Komunis Indonesia" (Hammer und Sichel) und die "Partai Nasional Indonesia." Diese hatte formal die Verantwortung der letzten Regierung Sastroamidjojo getragen; mit diesem Gewicht am Bein geht sie ohne jede Chance in die Wahl. Denn sie ging mit den Kommunisten zusammen in das Kabinett und wurde bald ausschließlich von diesen beherrscht.

In den Wahlkampf gingen die Kommunisten mit dem auch in Mitteleuropa nicht unbekanntem Slogan von der "Nationalen Front". Selbst so stille Inseln wie Bali sahen kommunistische Grosskundgebungen. Die Masjumi, die Moslempartei, hat ihre Wurzeln auf dem Lande, bei den Bauern, mit Ausnahme der Inseln Flores und Timor und den Molukken, wo die Bevölkerung christlich ist und entsprechende Parteien gegründet hat. Auf Bali kämpfen die Sozialisten gegen die Kommunisten; der dortige Kult gab den religiösen Parteien keinen Rückhalt im Volk.

Weil echte Anhaltspunkte fehlen, werden die Chancen sehr verschie-

den beurteilt. Die Misswirtschaft der Nationalisten hat ihnen den Stab gebrochen. Von den Masjumi erwartet man einen Wahlerfolg mit 30 % aller Stimmen. Die kommunistischen Aussichten differieren zwischen 10 und 20 %. Wenn auch kein Wahlbündnis zwischen Masjumi und Sozialisten besteht, so wird erwartet, dass beide so viele Stimmen auf sich vereinigen, um eine sichere Regierungsmehrheit zu bekommen. Der Unsicherheitskoeffizient steckt in den zahllosen anonymen kleinen Gruppen, die an gewissen Plätzen einen Kandidaten durchzubringen vermögen. Auf solche Einzelgänger setzen die Kommunisten, um mit den Trümmern der Nationalisten doch noch durch die Hintertür zur Macht zu gelangen.

Die innenpolitischen Verhältnisse Insulindes sind so gespannt, dass nur noch eine starke Regierung fähig ist, Ordnung zu schaffen. Die Misswirtschaft Sastroamidjojoes hat an den wirtschaftlichen Zusammenbruch geführt. Die Machenschaften der Kommunisten haben die fanatischen Mohammedaner des "Darul Islam" zu Gegenaktionen veranlasst, die bürgerkriegsähnlichen Charakter, teilweise sogar separate Verwaltungen der Organisation zur Folge hatten. Diese islamitische Kampforganisation wird von früheren Offizieren geführt; sie haben auch heute noch Verbindungen zur Armee und haben angekündigt, dass sie keine Regierung dulden werden, die dem gestürzten Kabinett gleicht.

Auch für die äussere Position Indonesiens hängt sehr viel vom Ausgang der Wahlen ab. Um die prokommunistische Ausrichtung der Aussenpolitik zu stoppen, ging Hatta mit seinem provisorischen Kabinett mit der Fahrt herunter. Moslemisches Schwergewicht in der neuen Regierung dürfte die Aussenpolitik auf Westkurs führen. Eine Annäherung an die Moslemstaaten und ihre Politik erscheint sicher, so dass anzunehmen ist, dass der neutralistische Kurs der letzten Jahre der Vergangenheit angehört. Nehru wird wahrscheinlich auf diese Weise einen Weggenossen verlieren. Doch entscheiden hier auch die eine Million Mao-Chinesen auf den Inseln. Auf jeden Fall muss man sich mit Geduld wappnen, bis das Wahlergebnis feststeht. 190 Wahlvorschläge auf tausend Inseln lassen sich nicht in Tagen zusammenzählen. Man schätzt, dass darüber viele Wochen vergehen. Und bis dahin tritt Hatta mit seinem Kabinett auf der Stelle.

Drucksache 1611

Eine niederschmetternde Bilanz der Nicht-Wiedergutmachung
Von Dr. Adolf Arndt, MdB.

Während der Parlamentsferien und der sommerlichen Urlaubszeit hat die Bundestagsdrucksache Nr. 1611 keine hinreichende Beachtung gefunden. In Beantwortung der von der Fraktion der SPD gestellten Kleinen Anfrage 139 enthält die Drucksache 1611 das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 23. Juli 1955. Dieses Schreiben bringt zum ersten Male eine genaue und ziffernmässig aufgegliederte Übersicht über die Wiedergutmachungsleistungen der Länder in den sechs Jahren von 1949 bis 1954.

Auf den ersten Blick erscheint es zwar als eine imponierende Zahl, dass die zehn westdeutschen Länder einschliesslich Berlins insgesamt 1 014 914 787,-- DM an Wiedergutmachung geleistet haben, woran allein Berlin mit 160 659 100,-- DM an zweiter Stelle nach dem Lande Nordrhein-Westfalen beteiligt ist. Bedenkt man aber, dass sich diese Gesamtleistung nicht nur auf zehn Länder, sondern auf sechs Jahre verteilt hat, so ergibt sich, dass alle Länder zusammengenommen im Laufe dieser Zeit, also seit der Währungsreform, noch nicht einmal den Betrag aufbrachten, den der Bund in einem einzigen Jahre jeweils allein für die Ansprüche aus dem Bundesgesetz zu Art. 131 des Grundgesetzes ausgibt. Dabei ist die Zahl der durch die Verfolgungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Geschädigten weitaus grösser als die Zahl der aus Art. 131 GG anspruchsberechtigten Beamten. Man darf auch nicht vergessen, dass der durch das nationalsozialistische Unrecht verursachte Schaden viel gewaltiger und moralisch unvergleichlich vordringlicher ist, als es die Nachteile der unter Art. 131 GG fallenden Beamten sind, womit die Berechtigung jener Beamtenansprüche keineswegs in Zweifel gezogen werden soll.

Noch unerfreulicher ist das Zahlenbild, das sich im einzelnen ergibt. So haben aus dem Härtefonds im Verlaufe von sechs Jahren z.B. Hamburg insgesamt nur 5 400,-- DM und Baden-Württemberg sogar lediglich 4 354,-- DM gezahlt. Es liegt auf der Hand, dass mit Almosen in

so kläglicher Höhe die vielfacher Härten nicht einmal gelindert werden konnten.

220 Millionen "eingespart"

Am schlimmsten ist die Feststellung, wie stark die Bewilligungen seitens der Landtage und die tatsächlichen Auszahlungen seitens der Wiedergutmachungsbehörden auseinanderklaffen. Bewilligt haben die zehn Landesparlamente während dieser sechs Jahre insgesamt 1 235 210 782,-- DM, während die Bürokratie in derselben Zeit effektiv nur 1 014 914 787,-- DM zur Auszahlung brachte. Daraus folgt die erschütternde Bilanz, dass die zehn Länder während dieser sechs Jahre den Betrag von nicht weniger als 220 303 995,-- DM einsparten oder zweckentfremdeten, insoweit also eine Wiedergutmachung unterliessen. Nichts kann schlagender die Unwahrhaftigkeit des ständig gehörten Einwandes widerlegen, dass keine genügenden Mittel zur Verfügung gestanden hätten. In den Haushalten des Bundes oder der Länder gibt es keinen zweiten Posten, bei dem auch nur annähernd in gleicher Weise "Einsparungen" in so gewaltiger Höhe erzielt wurden, wie es auf Kosten der Wiedergutmachung geschehen ist.

Man muss diese beschämende Tatsache einer "Einsparung" von mehr als 220 000 000,-- DM mit dem immer noch beklagenswerten Stand der Wiedergutmachung vergleichen. Dafür will ich nur zwei Beispiele geben. Mir liegt das Schreiben einer Entschädigungsbehörde vor, das sie am 11. August 1955 an einen früheren Zahnarzt nach New York gerichtet hat. Es lautet:

"Wir bedauern, Ihren Wunsch, Ihren Antrag durch Verrentung abschliessend zu bearbeiten, vorerst nicht entsprechen zu können. Der durch den Aufruf der Bundesregierung begünstigte Personenkreis ist so gross, dass wir diese Anträge nur in einer bestimmten Reihenfolge bearbeiten können. Hierfür ist das Alter des Antragstellers und das Eingangsdatum des Antrages massgebend. Zur Zeit werden im Berufsschaden-Referat die Anträge der über 80 Jahre alten Antragsteller bearbeitet. Wir bitten Sie daher, sich noch zu gedulden ..."

Der Empfänger dieses Schreibens steht im 78. Lebensjahre. Seine Frau, die ebenfalls das biblische Alter überschritten hat, musste kürzlich ihre Arbeit als Dienstmädchen in einem New Yorker Hotel

30. 9. 1955

aufgeben, weil sie ihr gesundheitlich nicht mehr gewachsen war. Im Schreiben einer anderen Wiedergutmachungsbehörde vom 15. August 1955, das an einen früheren Studienrat gerichtet ist, heisst es:

" ... In eine Bearbeitung des Antrages ist meine Behörde bisher noch nicht eingetreten, weil bekanntlich meinem Amt eine Vielzahl von Wiedergutmachungsanträgen von über 70- und 80jährigen Antragstellern vorliegen, die bereits ihre Wiedergutmachungsansprüche im Jahre 1949/50 ... eingereicht haben ..."

Hierbei handelt es sich keineswegs um Ausnahmefälle. Es gibt keine grössere und keine verwerflichere Täuschung der deutschen Öffentlichkeit, als dass fortgesetzt der geflissentlich falsche Eindruck erweckt wird, die Wiedergutmachung sei im wesentlichen bereits "erledigt."

Bei der bevorstehenden Beratung der Novellen zu den Bundesentschädigungsgesetzen wird nachdrücklich zur Sprache zu bringen sein, dass die meisten Länder im Verhältnis zur Zahl der Geschädigten und ihrer berechtigten Anträge eine nur so kläglich geringe Zahl von Sachbearbeitern beschäftigen, dass es voraussichtlich noch Jahrzehnte dauern würde, bis die Bürokratie die ihr seit Jahren vorliegenden Anträge bewältigt hat. Hier finden unsere Landtage ein reiches Feld der Tätigkeit, um endlich bei den Landesregierungen durchzusetzen, dass die Wiedergutmachungsbehörden mit Sachbearbeitern in solcher Zahl und von solcher Qualität ausgestattet werden, dass diese Aufgabe wirklich in der dringend notwendigen und angemessenen Frist erfüllt werden kann.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau